Landesfrauenrat Hamburg e.V.

Landesfrauenrat Hamburg e.V.
Grindelallee 43 (Sauerberghof)
20146 Hamburg
T: 040 · 4 22 60 70
F: 040 · 4 22 60 80
landesfrauenrat@onlinehome.de
www.landesfrauenrat-hamburg.de

Offener Brief

Betrifft:
Transatlantisches Freihandelsabkommen der EU mit den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership, **TTIP**) bzw. mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, **CETA**)

Die Europäische Kommission, die Europa-Abgeordneten, die im Bundestag vertretenen Parteien, die Bundesregierung und die Landesregierungen werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass auf folgenden Gebieten in Europa erreichte Standards nicht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger aufgegeben oder unterschritten werden:

- Verbraucherschutz
- Umweltschutz
- Datenschutz
- Arbeitnehmerrechte
- betriebliche Mitbestimmung
- Systeme öffentlicher Daseinsvorsorge
- öffentliche Kulturförderung
- öffentlich-rechtlicher Rundfunk
- Entscheidungsrechte von Parlamenten
- Zuständigkeit der Gerichtsbarkeit

Die Zustimmung zu einem Abkommen, das Konzernen im Rahmen des Investitionsschutzes die Möglichkeit der Schadenersatzklage gegen Staaten vor Schiedsgerichten gibt, ist zu verweigern. Die Vertragstexte dürfen nicht demokratischen Einwirkungsmöglichkeiten entzogen werden, sondern müssen der Öffentlichkeit vorab zugänglich gemacht werden.
Dem CETA-Abkommen darf nur zugestimmt werden, wenn zumindest die Investitionsschutz-klausel herausgenommen wird.

Begründung:

Die Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU müssen befürchten, dass demokratisch abgesicherte Standards plötzlich abgesenkt werden können, ohne dass gewählte Parlamente noch Einfluss darauf haben. Das brächte außer Profitmaximierung für Konzerne Verschlechterungen auf vielen Gebieten des täglichen Lebens und sogar Beeinträchtigungen unserer Gesundheit mit sich, soweit bisher absehbar. Notwendig ist daher ein breiter gesellschaftlicher Diskussionsprozess mit der Möglichkeit der Einflussnahme. Jedoch haben die Bürgerinnen und Bürger derzeit keinen Zugang zu den dafür erforderlichen Informationen. Daher sind die Veröffentlichungen der TTIP-Entwürfe sowie die Überarbeitung des CETA-Entwurfes dringend geboten. Keinesfalls hinnehmbar ist in diesem Zusammenhang eine Umgehung unseres Rechtssystems unter Ausschluss der Öffentlichkeit durch Schiedsgerichte.
Auf der Konferenz der Landesfrauenräte vom 19. – 21.9.2014 in Berlin wurde die Abfassung dieses Briefes diskutiert, die Delegierten der Landesfrauenräte unterstützen den offenen Brief des Landesfrauenrates Hamburg e. V. einstimmig.

Adressaten:
Europäische Kommission, Europa-Abgeordnete, Bundestagsfraktionen, Landesregierungen,
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, nachrichtlich: Deutscher Frauenrat, Landesfrauenräte

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2014

Adressat/in:
die Landesregierungen

Thema:
Strafvollzug gendern - jetzt!

Die KLFR fordert, den Strafvollzug auf Länderebene zu gendern und

- **die Strafvollzugsgesetze der Länder sprachlich und inhaltlich zu gendern;**
- **eine Unterbringung im eigenständigen Wohngruppenvollzug als Regelangebot zu ermöglichen;**
- **den Zugang zu Sozialtherapie – besonders für Mädchen und junge Frauen – zur Wiederherstellung physischer und psychischer Gesundheit sicherzustellen und dazu externe Angebote einzubinden;**
- **spezielle Angebote der Nachversorgung sicher zu stellen, so dass die Mädchen und Frauen im Anschluss an die Entlassung eine erfolgreich begonnene Therapie, Schul-/Ausbildungszeit und Orientierung abschließen können; sichere Orte (Wohngruppen) bereitzustellen, die verhindern, dass sie in den kriminellen Kreislauf zurückkehren;**
- **das Vollzugspersonal in Gender-Kompetenz zu schulen;**
- **mindere Delikte – wie Schwarzfahren – nicht mit Haft, sondern in erster Linie mit der Auflage sozialer Arbeit zu bestrafen.**

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2014

Adressat/in:
Bundesregierung, Bundestag, Landesregierungen

Thema:
Sozialversicherungspflicht für alle Arbeitsverhältnisse ab dem ersten Euro - auch für Minijobs

Die Konferenz der Landesfrauenräte fordert die volle Sozialversicherungspflicht für alle Arbeitsverhältnisse ab dem ersten Euro sowie die Abschaffung der Minijobs.

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2014

Adressat/in:
Bundesregierung, Bundestag, Landesregierungen

Thema:
Armutsfalle Pflege

Pflege ist weiblich und führt oftmals in die Armut. Daher fordert die Konferenz der Landesfrauenräte eine bessere Anerkennung der Pflegezeiten in der Rentenversicherung.

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2014

Adressat/in:
Die Bundesregierung sowie die 16 Landesregierungen

Thema:
Beweissicherung bei sexualisierter Gewalt

Die Konferenz der Landesfrauenräte fordert die Bundesregierung und alle Landesregierungen auf, das niedersächsische Modellprojekt „Netzwerk ProBeweis“ bzw. das Projekt „Gobsis“ aus NRW für Opfer sexualisierter Gewalt auf das gesamte Bundesgebiet zu übertragen. Durch niedrigschwellige medizinische Untersuchungen werden Spuren gesichert und Verletzungen dokumentiert, ohne dass die Opfer sofort Anzeige erstatten müssen.

Es ist sinnvoll, diese Form des Beweisschutzes landes- und bundesweit dauerhaft als feste Hilfe zu verankern und finanziell abzusichern. Ziel ist ein Netz von Anlaufstellen für eine möglichst wohnortnahe Versorgung. Darüber hinaus sollten die Kosten für die aufwendigen Untersuchungen und Beweissicherungen von den gesetzlichen Krankenkassen gedeckt werden.

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2014

Adressat/in:
Die Bundesregierung sowie die 16 Landesregierungen

Thema:
Bundes- und Landesregierungen müssen Vorreiterrolle bei Frauenquote einnehmen – Parität auf allen Ebenen umsetzen

Die KLFR fordert die amtierende Bundesregierung und Landesregierungen auf, in öffentlichen Institutionen und Unternehmen mit Beteiligung des Bundes oder der Länder eine Frauenquote von 50% einzuführen sowie aktive Maßnahmen zur Frauenförderung einzuführen und gesetzlich zu verankern.

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2014

Adressat/in: Bundesregierung, Bundestag, Landesregierungen

Thema: Teilzeitarbeit – eine Falle für Frauen?

Zur Verbesserung der Situation von Frauen, die in Teilzeit beschäftigt sind, fordert die Konferenz der Landesfrauenräte

- eine gesetzliche Verankerung des Rückkehranspruchs von Teilzeit auf Vollzeit;
- flexible betriebliche Arbeitszeitmodelle, z. B. Zeitkonten für Sabbaticals oder Familienzeiten;
- ein Umdenken bei Arbeitgebern, z. B. bei der Sitzungskultur, bei Fortbildungsangeboten und Karrieremöglichkeiten für Teilzeitkräfte;
- einen qualitativen und quantitativen Ausbau von kostenlosen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen und die flächendeckende Einführung von Ganztagsschulen;
- die Abschaffung des Ehegattensplittings und Ersatz der Lohnsteuerklasse 5 durch das Faktorverfahren für Eheleute;
- ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft - analog dem Bundesgleichstellungsgesetz sowie
- die Aufwertung und bessere Bezahlung der von Frauen ausgeübten Berufe.

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2014

Adressat/in:
Bundesregierung

Thema:
Steuergerechtigkeit für Alleinerziehende

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende nach § 24b Einkommenssteuergesetz deutlich anzuheben und regelmäßig anzupassen. Angemessen ist eine Koppelung des Entlastungsbetrags an den Grundfreibetrag, derzeit 8.354 Euro.

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2014

Adressat/in:
Die Bundesregierung sowie die 16 Landesregierungen

Thema:
Burka-Verbot im öffentlichen Dienst deutschlandweit

Der Landesfrauenrat (LFR) Hessen fordert die Bundesregierung und die Landtage auf, mit ihren dafür zuständigen Gremien dafür Sorge zu tragen, dass es zukünftig ein deutschlandweites Burka-Verbot für alle Angestellten im öffentlichen Dienst gibt

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2014

Adressat/in:
Die Bundesregierung, die 16 Landesregierungen sowie der Deutsche Bundestag

Thema:
Frauen in Gesundheitsberufen – Frauen bewegen das Land Arbeitnehmerinnen und Selbstständige

1. Aufwertung des Berufsstands der medizinischen Fachberufe, insbesondere dem der Hebammen

2. Sensibilisierung dieser Frauen zur Entwicklung zu mehr Selbstwert, Persönlichkeitsförderung als zentrales Anliegen

Die KLFR möge beschließen, dass alle Landesfrauenräte Deutschlands die Situation der Arbeitnehmerinnen und der Selbstständigen in den medizinischen Fachberufen unter dem Aspekt der Aufwertung der Berufsstände einschließlich der Persönlichkeitsförderung der Frauen (zeitnahe Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, Selbstwert, Psychohygiene, Weiterbildung) als Schwerpunkt herausbilden.

Die jeweilige Landesregierung wird ebenso wie die Bundesregierung aufgefordert, zeitnah Initiativen zu ergreifen, um der vorprogrammierten Altersarmut dieser Frauen – auch im ambulanten Gesundheitswesen – entgegenzutreten, deren Arbeitsfähigkeit zu bewahren und damit die Erhaltung der Berufsstände zur medizinischen Versorgung der Stadt- und Landbevölkerung sicherzustellen.